

Ministerin gegen Verbot von Militärforschung

Tübingen/Karlsruhe (dpa/lsw). Die grünrote Landesregierung will Wissenschaftlern im Südwesten nicht verbieten, für das Militär zu forschen. Entsprechende Forderungen, die zuletzt unter anderem an der Universität Tübingen und am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) laut geworden waren, wies Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) in Tübingen zurück. „Ich halte es auch persönlich für legitim und richtig, wenn unsere Hochschulen Forschung zu sicherheitsrelevanten Fragen betreiben, die sich im Rahmen demokratisch legitimierter Bundeswehreinsetze stellen“, sagte Bauer laut Mitteilung.

Die Universität Tübingen war zuletzt unter anderem wegen Forschungsprojekten zu Drohnen und zu den Folgen von Giftgas in die Kritik geraten. Friedensaktivisten halten das für einen Verstoß gegen die Selbstverpflichtung der Hochschule, der zufolge Forschung ausschließlich friedlichen Zwecken dienen soll.

Ein gesetzliches Verbot militärischer Forschung sei nicht der richtige Weg, sagte Bauer. Allerdings müssten sich die Hochschulen bei derart sensiblen Themen einer Diskussion über die Inhalte der Forschung und über den verantwortungsvollen Umgang mit Forschungsergebnissen stellen.